

**Andreas Otto** (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Kollege Brauner! Die 6 000 Wohnungen, die entstanden sind, sind, ich glaube, nicht wegen der Koalition entstanden, sondern eher trotz der Koalition.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Ha, ha! bei der CDU]

Das ist ja einfach die Fortschreibung der Zahl, die Sie vorgefunden haben. 2011 waren es, glaube ich, 4 500 oder 5 000 Wohnungen im Neubau. Da würde ich mit dem Anheften von Orden an die eigene Brust noch ein bisschen warten.

[Zurufe von der SPD]

Sie haben zum sozialen Wohnungsbau gesagt, Sie würden da an Lösungen arbeiten und dass das alles sehr komplex und schwierig ist. Das stimmt. Das unterschreibe ich, dass es komplex und schwierig ist. Wir haben ja 2011 viel über ein Wohnraumgesetz gestritten, das immer noch gilt und immer noch genauso schlecht ist, wie es 2011 von der Vorgängerkoalition beschlossen wurde. Ich würde eigentlich denken, da appelliere ich mal an Ihre Ehre als Fachmann, dieses Wohnraumgesetz muss verbessert werden. Wir brauchen eine Richtsatzmiete. Wir brauchen ganz klare Regelungen für die neue Förderung des Wohnungsbaus. Das muss in dieses Wohnraumgesetz, und das erwarten wir bis zum Ende der Legislaturperiode.

[Beifall von Benedikt Lux (GRÜNE)  
und Martin Delius (PIRATEN)]

Ich habe das vorhin gesagt, das sind über 100 000 Sozialwohnungen der alten Schule. Wir haben immer vorgeschlagen, dann kaufen Sie doch mal welche an! Das kann man über die landeseigenen Gesellschaften machen oder über Herrn Nußbaum oder wie auch immer. Kaufen Sie doch mal ein paar an, insbesondere die, bei denen die Anschlussförderung weggefallen ist, die auf dem Markt sind, bei denen Zwangsversteigerungen drohen und all dieses andere, das für die Mieterinnen und Mieter – ich sage mal das Stichwort Fanny-Hensel-Kiez – ziemlich dramatische Folgen hatte. Machen Sie doch mal so was! Kaufen Sie ein paar davon an, damit wir die wirklich für eine soziale Wohnraumpolitik in Berlin überhaupt erhalten!

Ich stelle das noch mal nebeneinander: Über 100 000 Sozialwohnungen, und Sie wollen 9 000 jedes Jahr bauen, aber nicht für Haushalte mit geringem Einkommen, sondern für alles, insgesamt. Also bis Sie die kompensiert haben – nehmen wir mal an, ein Drittel davon wären zu vertretbaren sozialen Bedingungen, also 3 000 –,

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

dann brauchen Sie über 30 Jahre, bis Sie da angekommen sind und das kompensiert haben, Herr Brauner! Das ist nicht zu schaffen. Dann sind wir alle nicht mehr hier.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Jetzt noch mal ganz konkret zu diesen Bündnissen. Ich habe ja nichts gegen Bündnisse. Ich treffe mich auch gerne mit Leuten und unterschreibe Absichtserklärungen. Das kann man machen, Herr Müller! Es ist auch immer ein schöner Pressetermin, man kommt damit in die Zeitung.

Aber da will ich an Ihre Redlichkeit, Herr Kollege Brauner, appellieren: Da steht gar nichts von 9 000 Wohnungen, die jedes Jahr gebaut oder fertiggestellt werden sollen. Da steht, der BBU – das ist so aufgeteilt –, also im Wesentlichen die Landeseigenen, die schon in drei anderen Bündnissen auch angetreten sind, die sollen 3 000 Wohnungen zur Verfügung stellen. Und dann geht es um den BFW, also die eher privaten Unternehmen. Da steht, dass die jedes Jahr 6 000 Wohnungen beginnen wollen. Also sie wollen mit dem Bau beginnen. Wann die dann fertig sind und was eigentlich ein Baubeginn ist, darunter kann man sich sehr viel vorstellen. Das, finde ich, ist zu dünn. Da hätte ich mir gewünscht, dass es ein bisschen konkreter wird und dass Herr Müller mehr rausholt, insbesondere – ich habe es gesagt – über ein adäquates Förderprogramm oder über eine ordentliche Stadtentwicklungspolitik. Das fehlt hier.

[Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)]

Also immer redlich bleiben bei diesen Ergebnissen! Das ist nicht so toll mit den Bündnissen. Es sind Absichtserklärungen, aber mehr auch wirklich nicht!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Beifall von Wolfram Prieß (PIRATEN)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Herr Kollege Brauner! Möchten Sie darauf antworten? – Dann haben Sie jetzt das Wort.

**Matthias Brauner** (CDU):

Werter Kollege! Wir haben mit den Städtischen nicht nur in diesen Bündnissen, sondern auch woanders ganz konkrete Neubauziele vereinbart. Insofern steht hier auch, 3 000 Wohnungen, in Summe 30 000 Wohnungen bis zum Jahr 2025 neu zur Verfügung zu stellen. Ich weiß gar nicht, was da rumzudeuteln ist. Das sind 3 000 Wohnungen mehr als vorher, jedes Jahr!

Das Gleiche beim BFW: 6 000 Wohnungen neu zu Beginn. Der BFW wird natürlich nicht ungefähr fünf Jahre brauchen, um eine Wohnung zu bauen. Ein Mitgliedsunternehmen des BFW baut normalerweise eine Wohnung innerhalb von 12 bis 18 Monaten. In Summe, die Vereinbarung läuft ja bis 2025, reden wir dann über 72 000 neue Wohnungen. Werter Kollege! Ich glaube, das gehört auch zur Redlichkeit, dass Sie das bis zu Ende lesen und auch bis zum Ende durchdenken.

**(Matthias Brauner)**

[Beifall von Daniel Buchholz (SPD)]

Wenn man das mal addiert, ganz einfache Rechnung, sind wir bei 102 000 neuen Wohnungen. Und warum machen wir das, Herr Otto? – Wir machen das ja nicht nur, weil wir an der Stelle diskutieren, dass jede neue Wohnung unbedingt immer eine zu den günstigsten Konditionen sein muss, sondern wir machen das ja deshalb, weil wir so viel Zuwanderung in der Stadt haben und weil wir für diese Menschen neue Wohnungen brauchen, die meistens auch wegen eines Arbeitsplatzes in die Stadt kommen und dann gelegentlich in der Lage sind, ihre Wohnung zu bezahlen.

Täten wir das nicht, würden wir den Druck auf den Bestand der Wohnungen, die jetzt noch bei der Mietspiegelmiete bei 5,40 Euro im Durchschnitt sind, noch weiter erhöhen, und dann hätten wir erst ein richtiges soziales Problem. Der Neubau ist für die Zuziehenden das wichtigste Instrument, um den Wohnungsmarkt zu entlasten, damit auf den Bestand nicht noch mehr Druck kommt. Ich glaube, diesen Zusammenhang haben Sie immer noch nicht verstanden, obwohl ich ihn schon so oft erläutert habe, auch im Ausschuss. Sie müssen den Neubau einfach tun, damit Sie den Zuzug und damit die Wirkung auf den Wohnungsbestand an der Stelle deutlich entkrampfen. Wenn Sie das nicht tun, sind Sie beim Wohnungsmarkt Westberlin Achtzigerjahre, kennen wir, zumindest der eine oder andere und weiß genau, wie er war. Und das wollen wir definitiv nicht.

Jetzt noch zum Thema „Sozialer Wohnungsbau“: Da sind die Lösungen in der Tat nicht einfach, und auch der Ankauf ist nicht einfach. Es gibt ja zum Glück diverse Fälle in letzter Zeit – da hat man auch mal reagiert –, in denen man schaut, Objekte aus Insolvenzen der ausgelaufenen Anschlussförderung anzukaufen, aber es muss immer immobilienwirtschaftlich Sinn machen, wir können die städtischen Gesellschaften schlecht zu einem schlechten Geschäft drängen. Nichtsdestotrotz wird das geprüft,

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

genauso wie auch das Instrument des Ankaufs von Belegungsrechten geprüft wird, das ein deutlich einfacheres Instrument ist, um im Bereich der sozialen Bedürftigkeit und der ALG-II-Mieten mit vertretbarem finanziellen Aufwand auf ein vernünftiges Niveau zu kommen. Es sind verschiedene Dinge, ein ganzer Strauß, Herr Otto, wir schlafen nicht, ganz im Gegenteil, wir sorgen für neue Wohnungen. Mit dem Bündnis sind es 102 000, und das sollten Sie mal zur Kenntnis nehmen.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke jetzt Frau Kollegin Lompscher!

**Katrin Lompscher (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Titel Ihrer Aktuellen Stunde ist von zeitloser Schönheit: Bündnisse und Beschleunigungen.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Das klingt ein wenig nach BER und Herrn Mehdorn: Wir werden fertiger und fertiger.

[Beifall bei der LINKEN –  
Zuruf von den PIRATEN: Und früher!]

Die Mieten in Berlin werden nach dieser Logik auch immer billiger. Die Realität sieht leider anders aus. Ungeachtet dessen findet sich die Koalition so großartig, dass sie sich alles zutraut und den Berlinerinnen und Berlinern alles zumutet. Berlin kann Olympia, findet der Senat.

[Beifall von Christopher Lauer (PIRATEN)]

Und der Berliner Polizeipräsident kann Politik, findet er selbst. Der Innensenator als sein Chef ließ ihn gewähren und setzte damit die unselige Senatspolitik des Wegdickens und der Verantwortungslosigkeit fort. Flüchtlingselend und ein ganzer Kiez tagelang im Polizeigewahrsam und der Senat macht es sich einfach und zeigt mit dem Finger auf den Bezirk. Für eine humane Flüchtlingspolitik muss das Land eintreten, im praktischen Einzelfall und in der politischen Auseinandersetzung auf Bundesebene.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Und es ist das Land, namentlich der Innensenator Henkel, der seinen gesetzlichen Handlungsspielraum zugunsten der Flüchtlinge nutzen kann und muss.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Es ist erbärmlich, wie die Flüchtlinge zum Spielball partei- und machtpolitischer Ränkespiele missbraucht wurden und werden.

[Beifall bei den PIRATEN –  
Martin Delius (PIRATEN): Das ist mein Satz!]

Wir fordern, ihnen den Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen umgehend zu gewähren.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Innen- und zugleich Sportsenator Henkel erklärt dagegen markig, der Staat könne sich ja nicht erpressen lassen. Und er schwadroniert über Olympia und blockiert zugleich die parlamentarische und stadtöffentliche Auseinandersetzung darüber.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN]

Was ist das für ein politisches Selbstverständnis dieser Koalition? Der Senat beschließt am letzten Dienstag de